



Art des Vorstosses: **Interpellation**

Bitte unterzeichnetes Original dem Ratspräsidium abgeben und zusätzlich mit E-Mail weiterleiten an: staatskanzlei@ow.ch

Schulweg- und Strassenverkehrssicherheit im Kanton Obwalden: Stand Projekte und Möglichkeiten zur Mitwirkung der Bevölkerung

Ingress:

Die Sicherheit im Strassenverkehr und insbesondere die Schul-Fuss-/Fahrrad-Wege sind in einem ländlichen Kanton mit hoher Dichte des motorisierten Individualverkehrs ein relevantes Thema. Der Schutz von Gesundheit, Leib und Leben ist eine der zentralsten, wenn nicht die zentralste Aufgabe des Staates überhaupt.

Insbesondere die Sicherstellung eines sicheren Schulweges, sei es zu Fuss oder mit dem Fahrrad, ist eine Aufgabe des Staates, welcher ja auch die Schulpflicht und damit den Schulweg verfügt.

In diesem Zusammenhang ergeben sich die nachfolgenden Fragen:

Auskunftsbegehren/Fragen:

- 1) Wie schätzt der Regierungsrat die Strassenverkehrssicherheit im Kanton Obwalden ein, insbesondere auch mit Blick auf die Strassenabschnitte welche als Schulwege bestimmt/verfügt werden?
- 2) Welche Streckenabschnitte und Standorte gelten als potenziell gefährlich und weisen dementsprechend einen dringenden Handlungsbedarf aus? Welche sind zusätzlich hinsichtlich Verwendung als Schulweg als kritisch einzustufen?
- 3) Welche Streckenabschnitte oder Standorte sind derzeit nach Anfragen oder Hinweisen aus der Bevölkerung oder den Gemeinden beim Kanton in Bearbeitung?
- 4) Wie werden im öffentlichen Strassenwesen, also bei Kantons-, Gemeinde- und Korporationsstrassen, kritische Streckenabschnitte ermittelt und welche Möglichkeiten hat die Bevölkerung zur Mitwirkung resp. zur Meldung von besonders risikobehafteten Strassenabschnitten? Wie wird sichergestellt, dass solche Meldungen ernst genommen und in die Planungen des Kantons und der Gemeinden einfließen? Sind in den aktuellen Prozessen bereits professionelle Überprüfungen durch Dritte (z.B. durch entsprechende Verkehrsplanungsbüros oder Hochschulen) vorgesehen und etabliert?
- 5) Sieht der Regierungsrat Handlungsbedarf in der Zusammenarbeit mit den Gemeinden und im Prozess resp. in der Abwicklung von Abklärungen und Massnahmen bezüglich Verbesserung der Verkehrssicherheit? Sind im Rahmen der Digitalisierungsstrategie des Kantons allenfalls Massnahmen (z.B. Online-Plattform für entsprechende Hinweise) geplant?
- 6) Welchen Stellenwert nimmt die Verkehrssicherheit auf Kantonsstrassen im Bereich von Schulwegen aus Sicht des Regierungsrates ein? Sieht der Regierungsrat Möglichkeiten die Schaffung von sicheren Schul-Fuss/Fahrrad-Wege im Bauprogramm Kantonsstrassen zu priorisieren?

Begründung: Laut Bundesamt für Statistik gab es 2024 in der Schweiz 3792 Schwerverletzte und mindestens 250 Verkehrstote, davon 111 Innerorts und 115 Ausserorts (ohne Autobahnen), 48 davon waren Fussgänger. 441 der Schwerverletzten Unfallopfer waren Fussgänger, 633 Fahrradfahrende und 1081 Motorradfahrende. Im Kanton Obwalden wurden 67 Unfälle mit Personenschaden davon 3 tödliche und 17 mit Schwerverletzten registriert, womit Obwalden im interkantonalen Vergleich im mittleren Bereich liegt.

Die Strassenverkehrsunfälle mit Schwerverletzten und diejenigen mit Todesfolge haben in den letzten Jahren im Bereich der Personenwagen-Insassen stets abgenommen während sie bei Fussgängern und Fahrradfahrenden (ohne und mit E-Bikes) stagnierten oder sogar anstiegen. In vielen, vor allem städtischen, Kantonen hat man auf diese Entwicklung reagiert und setzt auf den Ausbau der Verkehrssicherheit mit verschiedenen Massnahmen.

Obwalden hat mit ca. 608 Motorfahrzeugen pro 1'000 Einwohnende einen hohen Motorisierungsgrad (Schweiz: 535/1000). Bei steigender Bevölkerung ist in ländlichen Gebieten mit mehr Unfällen zu rechnen. In der Bevölkerung sind mutmassliche Gefahrenstellen bekannt und wurden teilweise auch an die Behörden gemeldet. Diese Interpellation soll aufzeigen, welche Sicherheitsmassnahmen in den letzten 5 Jahren ergriffen wurden und wie Hinweise aus der Bevölkerung und den Gemeinden beim Kanton verarbeitet wurden.

Die Sicherheit im Strassenverkehr, insbesondere im Bereich von Schulwegen, zu verbessern ist ein wichtiges gesellschaftliches Anliegen, zu welchem auch die Bevölkerung mit Hinweisen und Anfragen zu Recht beiträgt, da von Unsicherheiten im Strassenverkehr alle betroffen sein können. Verkehrsunfälle mit Schwerverletzten und Todesfolge verursachen schwere Schicksale, sehr viel Leid, aber auch hohe Kosten. Der Kanton ist mindestens für die Strecken im kantonalen Strassennetz als Eigentümer direkt zuständig. Zusätzlich sollte der Kanton durch eine verbesserte Koordination mit den kommunalen Behörden insbesondere auch die Verkehrssicherheit im Bereich von Schulwegen priorisiert und aktiv fördern. Zudem ist die Kantonspolizei für die Einhaltung der Verkehrssicherheitsmassnahmen auf allen öffentlichen Strassen des Kantonsgebietes zuständig. Eine effiziente und effektive Organisation der Verwaltungs-Abläufe und eine enge Vernetzung mit den Behörden auf Gemeinde-Ebene kann zur Verbesserung der Verkehrssicherheit beitragen, insbesondere im Bereich der Schulweg-Verkehrssicherheit und der dort zu schaffenden sicheren Fussgänger- und Fahrrad-Infrastruktur. Dies ist letztlich im Interesse der gesamten Bevölkerung.

Datum: 4. Dezember 2025

Gregor Jaggi, Dominik Imfeld

Mitunterzeichnende:



A collection of approximately 15 handwritten signatures in blue ink, arranged in a loose, overlapping pattern. The signatures vary in style and legibility, with some appearing to be names like 'E. Korte', 'P. Wiese', and 'J. Min'. The signatures are written on a white background.